

Fraktion DIE LINKE.
im Stadtrat Gera
Fraktionsgeschäftsstelle
Dr. W. Neudert

Wichtige Ergebnisse der Stadtratssitzung vom 10.05.2012

Zu Beginn der Stadtratssitzung wurde an die Deportation von Geraer Mitbürger jüdischen Glaubens erinnert, die die vor 70 Jahren auch in Gera stattfand. In einer Minute des Gedenkens erhoben sich die Stadtratsmitglieder von den Plätzen. Demonstrativ wurde dies von den beiden Vertretern der NPD boykottiert.

In den TOP 1 bis 4 wurden nachfolgende Satzungen bestätigt:

1. Abwägungs- und Satzungsbeschluss zum Bebauungsplan B/132/10 „Wohnen an der Dürrenebersdorfer Straße“
2. Abwägungs- und Satzungsbeschluss zum Vorhabenbezogenen Bebauungsplan VB/83.1/11 „Autohaus Unteres Rodeland“
3. Aufstellungsbeschluss zum Bebauungsplan B/137.1/11 „Wohnbebauung Alexander-Wolfgang-Straße“
4. Aufstellungsbeschluss zum Bebauungsplan B/137.1/11 „Wohnbebauung AM Bieblacher Bach“.

Nach kontroverser Diskussion wurde die **4. Änderungssatzung über die Benutzung der öffentlichen Grünanlagen und Spielplätze der Stadt Gera (Grünanlagensatzung) – Vorlage 48/2006, 4. Ergänzung - mehrheitlich bestätigt**. Diese von der Fraktion Arbeit für Gera eingebrachte Vorlage zielt darauf ab, Veranstaltungen wie „Rock für Deutschland“ auf den zentralen Grünflächen der Stadt mit historischem Hintergrund (Spielwiese, Biermannplatz, Platz der Demokratie) zu verhindern.

Auch bei inhaltlicher Übereinstimmung hält der OB den Weg für falsch, weil nach seiner Auffassung

- eine Vereinbarung der Satzungsänderung mit dem Artikel 8 des Grundgesetzes (Versammlungsfreiheit) problematisch wäre
- mit der Sperrung von 3 Plätzen die antidemokratischen Umtriebe nicht gestoppt werden können; es existieren viele Flächen in der Stadt (Markt, Bahnhof, Hofwiesenpark, Eventfläche vor dem KuK) auf die ausgewichen werden könnte
- damit nicht gezielt die NPD oder andere rechtsradikale Gruppierungen getroffen werden können; treffen die Geraer Bürger und käme einem Rückzug vor der NPD gleich.

Er schlug vor, eine Beratung in den Ausschüssen des Stadtrates nachzuholen.

In der folgenden Diskussion wehrten sich SPD und Grüne insbesondere durch die CDU hineingetragene Polarisierung, dass die Haltung zu diesem Beschlussvorschlag Ausdruck der Stellung zum Grundgesetz wäre.

Die LINKE. unterstützte mehrheitlich die Vorlage.

Redebeitrag von A. Schubert

Der Antrag der Fraktion Arbeit für Gera zur Änderung der Satzung über die Benutzung der öffentlichen Grünanlagen und Spielplätze der Stadt wurde von der Fraktion DIE LINKE intensiv beraten und wir haben uns unsere Entscheidung keinesfalls leicht gemacht. Eben weil es eine ganze Reihe von Gründen gibt, die für aber auch gegen diesen Antrag sprechen und damit meine ich nicht die im ersten Entwurf enthaltenen Verbote für Hundebesitzer, dies ist ja jetzt durch unseren Hinweis korrigiert wurden:

Wir sind uns sicherlich einig mit dem Einbringer, dass diese Satzungsänderung keine Strategie ist, das Hasskonzert der NPD in Gera dauerhaft zu verhindern, wie wir nicht erst seit der Sperrung des Parks der Jugend für Veranstaltungen wissen. Und es gibt grundsätzliche immer Bauchschmerzen, den Aktionsraum der demokratischen Parteien zu beschneiden, um Antidemokraten das Agieren zu erschweren. All diese Probleme sind auch am Runden Tisch immer wieder intensiv diskutiert worden, wo auch schon die Möglichkeit des per Satzung zu regelnden Verbots politischer Veranstaltungen auf der Spielwiese wiederholt zur Debatte stand. Im Ergebnis einer Abwägung wurde dort diese Möglichkeit jedoch mehrfach verworfen und auch deshalb ist auch eine Ablehnung dieser Satzungsänderung sehr nachvollziehbar.

Es gibt aber auch Gründe, die im Kontext der spezifischen Geraer Situation, für eine solche Regelung sprechen. Das erkennt z.B. auch Michael Kleim vom Sprecherrat des Runden Tisches an, zu dem ich im Vorfeld der heutigen Entscheidung das Gespräch gesucht habe. Wenn wir uns als LINKE trotz Bauchschmerzen heute offen für diesem Antrag zeigen und diesem mehrheitlich zustimmen werden, dann vor allen Dingen deshalb, weil wir jede Chance nutzen wollen, es Nazis mit ihren Propagandaveranstaltungen so ungemütlich wie möglich in Gera zu machen und die Kontinuität auf der Spielwiese zu brechen. Wir reflektieren dabei auch die Praxis der vergangenen Jahre und die bekannten Entscheidungen der Gerichte.

Über all dem steht für die Fraktion DIE LINKE. grundsätzlich die Überzeugung, dass die NPD eine verfassungsfeindliche Partei ist, die endgültig verboten gehört. Wäre dies endlich so, ließe sich auch nicht mehr das Mäntelchen der scheinbar legalen politischen Betätigung über kommerziell organisierte Hasskonzerte wie das auf der Spielwiese werfen. Doch auch ein längst überfälliges NPD-Verbot löst natürlich keineswegs allein das Problem braunen Gedankenguts und menschenverachtender Ideologie, die auch hierzulande bei einem beträchtlichen Teil der Bevölkerung auf Resonanz stößt, wie der Thüringen-Report

regelmäßig nachweist. Die Nazis müssen **Raus aus den Köpfen**, wie es auf einem inzwischen fast schon legendären Plakat meiner Partei gefordert wird.

Deshalb sind wir in Gera aufgerufen jeden Tag und nicht nur einmal im Sommer die Auseinandersetzung mit den ewig Gestrigen, den alten und neuen Nazis und ihrer Ideologie in unserer Stadt zu führen. Genau deshalb haben wir hier im Stadtrat 2008 einstimmig ein Stadtprogramm für Toleranz und Menschlichkeit beschlossen, was 2011 fortgeschrieben wurde. Damit haben wir uns verpflichtet, als Demokraten zusammenzustehen und gemeinsam im Schulterschluss den Un-Demokraten entgegenzutreten.

Nur wenn uns dies in den kommenden Jahren noch besser gelingt als bisher, wenn wir es gemeinsam schaffen, die städtische Zivilgesellschaft stärker zu aktivieren zusammen mit uns, den Stadträten der demokratischen Parteien und Wählerversammlung und der Stadtverwaltung, jeden Tag und erst Recht bei Aufmärschen der Neonazis sich dem menschenverachtenden Rassismus und ihrer völkischen Ideologie entgegenzustellen, macht dieser Antrag von heute auch nachhaltig Sinn. Wir sind hier zwar schon ein gutes Stück des Weges vorangekommen, aber noch lange nicht am Ziel und haben noch Potential, das unbedingt genutzt werden muss. Deshalb erwarte ich von den Einbringern des Antrages, von Ihnen Frau Thiel und Ihrer Fraktion vor allem aber von der FDP-Fraktion, dass wir in Zukunft mit mehr Konsequenz Erklärungen des Stadtrats zum Thema vorbereiten. Es muss doch unser gemeinsames Ziel sein, für ein buntes, tolerantes und weltoffenes Gera einzutreten, indem Nationalsozialisten, andere menschenverachtende Gruppierungen und deren Gedankengut keinen Platz haben dürfen.

Wir setzen darauf, dass die Einbringer, u.a. auch um jeglichen Verdacht des Aktionismus im Zusammenhang mit Ihrem Antrag aus dem Wege zu gehen, genau prüfen, welche Punkte des beschlossenen Maßnahmeplans des Stadtprogramms für Toleranz und Menschlichkeit sie konkret befördern und unterstützen können.

Für uns zählen dazu u.a. auch die dort aufgeführten Gedenktage, wie z.B. das Gedenken an den Todesmarsch der Häftlinge des KZ Buchenwald oder auch der Tag der Befreiung vom Faschismus, der sich vorgestern zum 67. Mal jährte. Leider gab es in Gera, im Unterschied übrigens zu vielen anderen Städten im Land, an diesen Stellen bisher nicht das öffentlich erkennbare breite Bündnis der im Stadtrat vertretenen Demokraten, die der Opfer des Nationalsozialismus gedenken und an deren Vermächtnis erinnern. Lassen Sie uns gemeinsam intensiv an der Umsetzung des Stadtprogramms mit seinem Maßnahme Katalog arbeiten, für ein buntes, tolerantes und weltoffenes Gera!